



Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten **August 2015**



Krankenhausstreik? Das geht doch!

Charité-Beschäftigte zeigen, wie Kämpfen aussieht

✦ Mit den Warnstreiks an der Charité Ende April fing es an. Die zentralen Forderungen für einen Tarifvertrag lauteten: Mehr Personal durch kontrollierte Personalbemessung, gesundheitsfördernde Maßnahmen für die Beschäftigten sowie die Verbesserung und Sicherung der Ausbildungsqualität.

Doch der Charité-Vorstand blieb stur. Er zog sich hinter die falsche Behauptung zurück, es wäre kein Geld da – wohlwissend, dass die Beschäftigten einen „Überschuss“ genannten Gewinn erarbeitet hatten. Selbst eine Resolution über die „chronische Unterbesetzung“, den 549 Intensivpflegekräfte unterschrieben und als „Notruf“ an den Berliner Gesundheitssenator Czaja geschickt hatten, brachte keine

Bewegung. Da blieb ab 22. Juni nur der unbefristete Streik, der mit der Strategie der Bettenschließungen äußerst wirksam war. An die 1000 geschlossene Betten kosteten die Charité täglich 500.00 Euro. Auch die breite Unterstützung in der Bevölkerung und die Solidarität vieler Organisationen, auch die einiger der Ärzte, tat ihr übriges und unterstrichen die Bedeutung dieses Arbeitskampfes. Wir als DKP waren bei unseren Streikbesuchen und der großen Demonstration am 23.6. von der Solidarität und der Entschlossenheit der Streikenden beeindruckt. Nach zehn Tagen war die Charité-Leitung endlich bereit, mit der Streikleitung und ihrer Gewerkschaft ver.di ernsthaft zu verhandeln. Das ausgehandelte Eckpunktepapier sieht vor, zu einer tarifvertraglichen

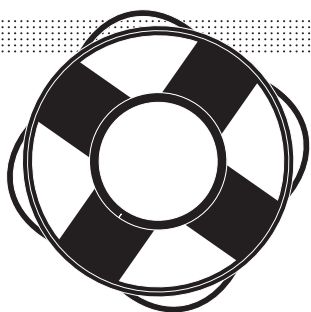
➔ *Fortsetzung auf Seite 2*



Griechenland im Fadenkreuz

Wie ein aufbegehrendes Volk mundtot gemacht wird

Drei Millionen ohne Krankenversicherung, 60% Jugendarbeitslosigkeit, Menschen, die sich von Abfällen aus Mülltonnen ernähren... Nein, wir reden nicht über ein Entwicklungsland in Afrika, sondern über Griechenland. Ein Land, das fest in Europa verankert ist und gemeinhin als Wiege der europäischen Kultur gilt. Die Troika und federführend die deutsche Bundesregierung haben sich mit ihren Forderungen nach Verschärfung der Austeritätspolitik durchgesetzt und damit die Verelendung Griechenlands zementiert. Dabei ging es nicht wirklich um eine paar Milliarden mehr oder weniger. Es ging darum, ein Exempel zu statuieren: Wer wie das griechische Volk Alternativen zur Verelendung im Kapitalismus für möglich hält und auch noch unbotmäßig eine linke Regierung wählt, der wird bestraft. Das ist die Umsetzung von Merkels marktkonformer Demokratie. Der Kardinalfehler der griechischen Regierung war, hier Illusionen über den Charakter der EU gehabt zu haben.



Pflege und Patienten in Not ...

... Gesetzgeber versagen

Die Aufgabe von Parlamentariern und Regierungen ist es eigentlich, das Gemeinwesen im Interesse der Bevölkerung - also derjenigen, die sie gewählt haben - zu organisieren. Dazu gehört auch insbesondere die Absicherung der Daseinsvorsorge inklusive eines funktionierenden Gesundheitswesens. Doch dieser Aufgabe werden sie in keiner Weise gerecht. Die Bundesregierung hat kürzlich ein so genanntes Pflegeförderprogramm auf den parlamentarischen Weg gebracht. Damit sollen bis 2018 nur maximal 7.000 neue Pflegekräfte eingestellt werden - ein lächerliches Zehntel der benötigten Stellen.

Zugleich werden den Kliniken laut Deutscher Krankenhausgesellschaft wiederum die Mittel für 10.000 Pflegekräfte gekürzt. Was für eine Ignoranz gegenüber der Situation im Gesundheitswesen zeigt die CDU/CSU/SPD-Regierung damit! Dort geht es um Überlastung bis hin zu gefährlicher Pflege - der Streik an der Charité hat es eindrucksvoll gezeigt.

Fest steht: Die Untätigkeit der politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern kostet täglich Menschenleben. Allein von den jährlich 15.000 Todesfällen infolge von Krankenhausinfektionen wäre nach entsprechenden Studien jeder dritte vermeidbar - auch durch mehr Personal. Es muss Schluss sein mit der Vorfahrt für Profite vor Patienten- und Beschäftigtenwohl.

Die Bedeutung dieses Arbeitskampfes im Gesundheitswesen ist richtungsweisend und hat Signalwirkung für die Krankenhäuser der Republik: Er legt offen, dass ein Krankenhaus nicht betriebswirtschaftlich wie eine Fabrik betrieben werden kann.

➔ *Fortsetzung von Seite 1*

Vereinbarung einer Personalbemessung zu kommen, die eine kontrollierbare Verbesserung der Personalsituation bringen wird. Ein wichtiger Schritt zur Erreichung des Streikziels. Ebenso wichtig ist, dass die Beschäftigten die Erfahrung machten, dass gemeinsames Handeln sie stärkt. Sie waren nicht hilflos der Verweigerungshaltung der Charité-Leitung ausgesetzt und Getriebene, sondern waren die Handelnden. Deutlich wurde dies auch daran, dass der Richter die Klage der Charité auf Unterlassung des Streiks unter anderem mit dem Argument ablehnte, dass die Streikenden und ihre Gewerkschaft ver.di eine verantwortungsvolle Streikplanung vorgelegt hätten und damit das Patientenwohl gesichert sei.

Doch die Bedeutung dieses großen Arbeitskampfes im Gesundheitswesen der BRD geht weit darüber hinaus: Er ist richtungsweisend und hat Signalwirkung für die Krankenhäuser der Republik.

Er legt offen, dass ein Krankenhaus nicht betriebswirtschaftlich wie eine Fabrik betrieben werden kann, in der die Beschäftigten den Profit für den Kapitalbesitzer erarbeiten.

Er zeigt, dass die Beschäftigten nicht die Produzenten der „Ware Gesundheit“ sein wollen, sondern gemäß ihres Berufsethos die Pflege und Heilung kranker Menschen als ihre Aufgabe sehen - also beitragen zur Verwirklichung des für alle geltenden Rechts auf Gesundheit, unabhängig vom Geldbeutel.

Er macht deutlich, dass die Abschaffung der Fallpauschalen (DRGs) eine

zentrale Voraussetzung für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und damit auch für die Versorgung der Patienten ist. Marktmechanismen haben in der Daseinsvorsorge nichts zu suchen. Sie sind ein Haupthindernis für ein demokratisches und solidarisches Gesundheitswesen ist.



Aufruf an die Schrittmacher-Leserschaft

Liebe Leserin, lieber Leser,
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Den Profit fest im Blick

Engere Kooperation von Charite und Vivantes

Seit 2010 praktizieren die Charité und Vivantes eine enge Kooperation, die sich offenbar gelohnt hat: In diesem Jahr werden voraussichtlich über 45 Millionen Euro eingespart werden. Kein Wunder, dass Senatorin Scheeres daraufhin verkündete: „Den erfolgreich eingeschlagenen Weg einer intensiveren Kooperation zwischen den beiden Einrichtungen werden wir weiter fortsetzen.“

Was man nicht von ihr hörte, war, was mit dem eingesparten Geld passieren sollte. Geld, das gut dazu verwendet werden könnte, mehr Personal zu finanzieren. Das geschieht natürlich mitnichten. Einkauf, Catering und Zentralsterie sind die Schwerpunkte der weiteren Zusammenarbeit.

Als ein Kooperationsfeld der Zukunft nannte Staatssekretär Krach eine stärkere Internationalisierung beider Kliniken. Es sollen noch mehr Patienten aus dem Ausland angeworben werden. Das bedeutet in der Regel eine noch stärkere Belastung für die Beschäftigten. Denn meist heißt das nicht mehr Personal und zugleich muss man mit erhöhten Anforderungen zurechtkommen, gilt es doch kulturelle Unterschiede und unterschiedliche Erwartungen zu bewältigen. Und dies bei der sowieso schon viel zu dünnen Personaldecke.

Vivantes kann positive Schlagzeilen gut gebrauchen. Ist der kommunale

Konzern doch ins Gerede gekommen. Laut Tagesspiegel hat die Berliner Polizei zwei Arztpraxen und mehrere Räume im Vivantes-Klinikum in Spandau durchsucht. Zwei Chefärzte und zwei niedergelassene Ärzte stehen im Verdacht, bei Krankenkassen mit gefälschten Belegen abgerechnet zu haben.

An stark übergewichtigen Patienten sollen Magenverkleinerungen auf Kosten der Krankenkassen vorgenommen worden sein und die Ärzte sollen sich dabei selber bereichert haben. Da die Kassen die Kosten für solche Operation nur unter bestimmten strengen Voraussetzungen übernehmen, soll man die Therapiebelege entsprechend gefälscht haben. Nach der Genehmigung einer operativen Magenverkleinerung kommt die Krankenkasse möglicherweise auch für spätere kosmetische Eingriffe auf - auch hier sollen die Ärzte betrogen haben.

Die Staatsanwaltschaft geht von einem Schaden in Millionenhöhe aus. Stimmt diese Schätzung, ist bei durchschnittlichen Kosten von 8000,- Euro pro Operation von mindestens 120 Betrugsfällen auszugehen.

Wenn sich diese Vorwürfe bewahrheiten sollten, haben wir es nicht mit einem persönlichen Versagen etwa besonders unmoralischer Menschen zu tun. Vielmehr zeigen sich hier die Auswirkungen eines Gesundheitssystems, das von der Profitlogik regiert wird.



Streikergebnis Charité

Eckpunktepapier zu einem Tarifvertrag Gesundheit und Demographie

Durch zehn Tage Streik und intensiven Verhandlungen haben die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ver.di dem Charité-Vorstand ein Eckpunktepapier zu einem Tarifvertrag Gesundheit und Demographie abgerungen.

Damit soll Entlastung in belastenden Arbeitssituationen geschaffen werden - und zwar für alle Berufsgruppen. Für die Normalpflege sollen Mindestbesetzungsstandards vereinbart werden. Auch für Intensivstationen und die Kinderklinik will man Quoten verhandeln. Werden diese Mindestnormen unterschritten, soll die Charité tarifvertraglich verpflichtet werden, Maßnahmen zur Entlastung zu ergreifen. Zudem wird ein Gesundheitsausschuss eingerichtet, der Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und zum altersgerechten Arbeiten initiiert.

ver.di geht von einem baldigen Abschluss aus. Nach dem starken Widerstand der Klinikumsleitung gilt es für die Beschäftigten, wachsam zu sein. Denn der Teufel steckt bekanntlich im Detail und wer garantiert, dass die Klinikumsleitung nicht zu eigenwilligen Interpretationen des Eckpunktepapier neigt? Klar ist aber auch: Der Gesetzgeber ist immer noch gefordert, den Gesundheitsschutz der Beschäftigten und der Patienten zu regeln mit einer bundesweiten Personalbemessung.

„Tarifeinheitsgesetz“

Streikverbot durch die Hintertür

Am 22.5. verabschiedete der Bundestag mit 444 Ja-Stimmen gegen die Opposition das sogenannte „Tarifeinheitsgesetz“ – ein Eingriff in die in Artikel 9 im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit („Streikrecht“). Am 12.6. stimmte auch der Bundesrat dem Gesetz von SPD-Ministerin Nahles zu. Ziel sei die sogenannte Tarifeinheit: Bei mehreren Tarifverträgen im Betrieb gilt nur noch derjenige der mitgliederstärksten Gewerkschaft. Für weitere Einschränkungen des Streikrechts in der Daseinsvorsorge, einem Zwang zur Schlichtung sowie einer vorgeschriebenen Ankündigungsfrist von 4 Tagen lieferte die CSU hat schon mal die Vorlagen.

Das Kapital will seine Profitraten durch Lohnsenkungen erhöhen, und das geht am besten durch das jahrtausendalte Prinzip „Spalte und Herrsche“. ver.di will Verfassungsklage einreichen, ebenso die Ärzteorganisation Marburger Bund. Es muss aber auch der Widerstand in den Betrieben und in der Öffentlichkeit organisiert werden.



Kontakt & Impressum:

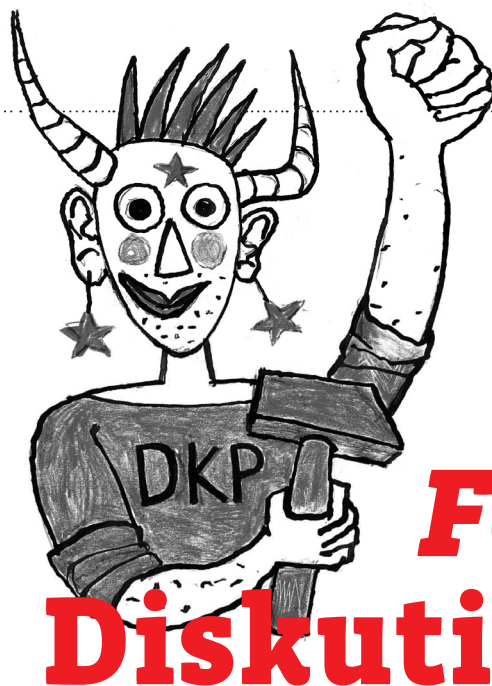
Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Feiern & Diskutieren!

Das Internationalistische Sommerfest der DKP & SDAJ

🔥 Es ist wieder soweit: Das Internationalistische Sommerfest der DKP & SDAJ findet am **Samstag, den 05.09.2015 ab 14.00 Uhr in der Ossietzkystraße** statt. Und Ihr seid herzlich eingeladen, um mit uns zu diskutieren und zu feiern!

Programm

14.30 Uhr: Gewerkschaften im Streit - DGB wohin?

- Tarifeinheitsgesetz – Kooperationsabkommen – Freihandel
 - Angriffe auf Arbeiterrechte und wie wir uns wehren können
- Diskussionsrunde mit aktiven Gewerkschaftern und Betriebsräten
Es diskutieren: Uwe Fritsch (IG Metall), Andreas Köhn (ver.di) & Rainer Perschewski, (DKP / EVG)

15.30 Uhr: Keine Rendite mit der Miete - Braucht Berlin kommunalen Wohnungsbau?

Berlin ist eine Stadt, in der die meisten Menschen zur Miete wohnen. Das wird aber immer schwieriger angesichts explodierender Mieten und der Untätigkeit des Senats. Wie wieder bezahlbaren Wohnraum erstreiten, wie der Gentrifizierung Einhalt gebieten? Wie wollen wir leben?

Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Wolfgang Richter (DKP), N.N. (Vertreter der Mietergemeinschaft), Klaus Linder (DKP)

17.00 Uhr: Wie real ist die Kriegsgefahr in Europa?

Quasi vor unserer Haustür finden Kriegshandlungen statt. Wie groß ist die Gefahr? Was sind die Ursachen? Es diskutieren: Andreas Wehr (Marx-Engels-Zentrum Berlin), Dagmar Henn & N.N. (Vertreter der Berliner FRIKO)

19.00 Uhr Buchvorstellung

Mit Verleger Wiljo Heinen und einem aktuellen Buch aus seinem Verlag

Kultur

Auf der Hauptbühne wird ein abwechslungsreiches Musikprogramm geboten:

- Singclub der DKP & SDAJ „**Ensemble Bersarin**“
- „**Malcom Z**“ bekannter Sänger und Dichter
- Liedermacher Duo „**Zweiklang**“
- „**Duo Steinlandpiraten**“ mit einem Programm des Liedermachers Gundermann
- Und ab 20.00 Uhr spielen „**La Mula Santa**“ – die Cumbia-Götter aus Berlin zum Tanz.

Für das leibliche Wohl ist natürlich auch gesorgt und alles zu fairen Preisen!

Wir freuen uns auf Euren Besuch!